

Erich Ott

Krieg und Umwelt in Jugoslawien

Ökologische Dimensionen des Balkankrieges

Der zeitliche Abstand zu den NATO-Angriffen in Jugoslawien, verlässlichere Informationen über Hintergründe, Verläufe und über die realen Verhältnisse im Kosovo und in Serbien ermöglichen heute eine sachlichere und kritischere Diskussion. Die Absichten und die propagierten Ziele der Akteure sind transparenter geworden (Hundseder 1999: 202). Die Interessen, Fehleinschätzungen und Illusionen der Beteiligten und Betroffenen, vor allem aber der für den Krieg Verantwortlichen, gewinnen klarere Konturen und werden zunehmend offensichtlich und öffentlich. Dennoch steht eine kritische Aufarbeitung des Krieges gerade bei den politisch Verantwortlichen der NATO-Staaten aus und kann wohl auch aus ihrer selbstgefälligen Rolle heraus kaum erwartet werden.

Die erklärte politische und militärische Zielsetzung des NATO-Angriffs im Kosovo und in Serbien war es, personifiziert den jugoslawischen Präsidenten Milosevic und seine Regierung mit militärischer Gewalt in Form von Luftangriffen zur Unterschrift unter den Vertrag von Rambouillet zu zwingen, die Einstellung der serbischen Kämpfe gegen die albanische Volksgruppe im Kosovo durchzusetzen und deren gewaltsame Vertreibung zu verhindern.¹

In den öffentlichen Verlautbarungen der politisch und militärisch Verantwortlichen in den NATO-Staaten, besonders auch in Deutschland, stand die Beteuerung im Mittelpunkt, dass sich die Luftangriffe nicht gegen die Menschen in Jugoslawien richten, sondern ausschließlich gegen das Milosevic-Regime, die engere politische und militärische Führung Serbiens. Das militärische Potenzial Jugoslawiens und seine Kampffähigkeit sollten in erster Linie vernichtet werden. Dazu gehörte nach NATO-Strategie aber auch, in der

1 Der Krieg, seine völkerrechtliche Problematik, seine Funktion in der NATO-Strategie, im Konzept der USA und die differenzierte Rolle ihrer NATO-Verbündeten, die Folgen für die UN, etc. können hier ebensowenig ausführlich behandelt werden wie die politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Folgen für den Balkan und im Hinblick auf das künftige Zusammenleben der beteiligten Völker. Vgl. dazu u.a. Cremer/Lutz 1999, Balzer/Deppe 1999; Pradetto 1999.

zweiten und dritten Phase des Krieges² neben militärischen Angriffszielen die Infrastruktur Serbiens und im Kosovo, also: Industrieanlagen, Energieversorgung, Verkehrswege und -systeme, Versorgung etc., zu zerstören.

Schon in der ersten Phase des Krieges wurde deutlich, dass das militärische Potenzial und die militärische Logistik, einschließlich der Luftstreitkräfte und der Luftabwehr auf Grund der Defensivstrategie der jugoslawischen Armee nur unwesentlich beeinträchtigt werden konnten. Die NATO-Strategie der verstärkten Angriffe auf zivile Ziele brachte dann größere Zerstörungserfolge, da es sich um weitgehend ungesicherte und ungeschützte Objekte handelte. Der Krieg wurde damit zu einem Krieg gegen die Infrastruktur des Landes, gegen die Bevölkerung, ihre Arbeitsplätze, ihre industrielle Basis und die allgemeinen Lebensverhältnisse, gegen die natürlichen Lebensgrundlagen und gegen die Umwelt. Die massiven Luftangriffe nahmen zunehmend den Charakter eines Krieges gegen die Umwelt an, dessen Folgen für die Kriegsgegner und für diejenigen, denen man helfen wollte, längerfristig auch über das Kriegsende hinaus eine Bedrohung darstellen.

In Deutschland legte das Umweltbundesamt im Auftrag der Bundesregierung mit Datum vom 05.05.1999 ein zunächst geheim gehaltenes Gutachten „Erste Einschätzungen zu den ökologischen Auswirkungen des Krieges in Jugoslawien“ (Umweltbundesamt 1999: 1ff.) vor. Darin wurden – ohne konkrete Daten berücksichtigen zu können – erste Einschätzungen zu den katastrophalen Folgen der Bombardierungen und Prognosen hinsichtlich der Umweltfolgen vorgenommen und begründet. Ausführlich und warnend werden die Auswirkungen der freigesetzten hochgefährlichen Schadstoffe als Folge der Bombardierungen beschrieben. Der Luftkrieg richtete sich vor allem gegen: Erdö Raffinerien und petrochemische Industrie, Treibstofflager, Heizöl- und Rohölvorräte, Kraftwerke und andere Energieversorgungsbetriebe, Chemische Industrie, Treibstofflager und andere Bevorratungseinrichtungen, Düngemittelfabriken, Munitionsbetriebe und andere produzierende Industrien, Verkehrswege, insbesondere strategisch wichtige Brücken, Versorgungs-

2 Die erste Phase sollte sich nach General Naumann nur gegen militärische Ziele, die Luftverteidigung und die militärische Führung richten, in der zweiten Phase sollten diese Angriffe bis zum 44. Breitengrad erfolgen, in der dritten Phase wurde der Krieg auf ganz Jugoslawien ausgedehnt. So äußerte sich der deutsche NATO-General Naumann, neben dem amerikanischen General Clark der Verantwortliche in der militärischen Führung der NATO, am 21.9.99, ab 22.55 Uhr, in der ZDF-Sendung „Chronik eines angekündigten Krieges“ – Eine Bilanz des Kosovokonflikts. Ebenfalls wurde hier dargelegt, dass die Angriffspläne der NATO bereits seit Juni 1998 vorbereitet und im Oktober 1998 wesentlich unter der Verantwortung von General Naumann fertig gestellt waren. Nach den Darstellungen in dieser Sendung hat der damalige deutsche Kanzlerkandidat Gerhard Schröder bereits bei seinem Washingtonbesuch am 4./5. August 1998 dem Kriegsvorhaben zugestimmt und eine deutsche militärische Beteiligung unter seiner Kanzlerschaft zugesichert. Ebenso tat dies damals auch der heutige deutsche Außenminister Fischer, unter Betonung der deutschen Verlässlichkeit für die USA und für die NATO.

und Entsorgungssysteme und -leitungen (Knauer/Rosenkranz 1999: 224ff.). Diese Ziele enthalten große Mengen chemischer Stoffe, hochgiftiger Produkte und Halbprodukte mit einem enormen Gefahrenpotenzial, die bei Freisetzung, Verbrennung oder Explosion im näheren und weiteren Umkreis schwere Umweltschäden und Gesundheitsgefährdungen verursachen. Durch Zerstörung von technischen Anlagen, z.T. während laufender Produktion, durch Brände und Explosionen wurden insbesondere in den Industrieregionen Jugoslawiens und in einzelnen Industriegebieten unkontrolliert eine Vielzahl gefährlicher Substanzen in großen Mengen als Stäube, in flüssiger oder gasförmiger Form, auch als neu entstehende Stoffgemische in die Umwelt freigesetzt. Landwirtschaftliche Flächen zur Nahrungsmittelproduktion und zum Futtermittelanbau, andere Naturgebiete und Nutzflächen der Menschen, wie z.B. Kinderspielplätze, Freizeitgebiete, Sportanlagen, Schulhöfe, Parks, Wälder, das Grundwasser in den betroffenen Gebieten, stehende und fließende Gewässer, Luft, Gebäude, Nahrungsmittel, Baustoffe etc. sind in erheblichem Ausmaß langfristig kontaminiert (z.B. Schwermetallvergiftung und -ablagerung in der Donau und in anderen Gewässern). Diese Auswirkungen reichen über die Grenzen Jugoslawiens hinaus, so sind auch die Nachbarstaaten Rumänien, Bulgarien und Griechenland betroffen (Neacsu 1999: 4).

Damit einher gingen Zerstörungen von Leitungs- und Rohrsystemen, die der Versorgung mit Energie, Wasser etc. oder der Entsorgung als Kanalisationssysteme dienten. Dies führte zu Wassermangel und -verunreinigung, in deren Folge zwangsläufig Hygieneprobleme, Seuchengefahren und Infektionskrankheiten entstehen (Umweltbundesamt 1999: 13 ff.). Zerstörte Rohrleitungen, die z.T. auch flussüberspannend in großen Brücken verlaufen, haben zur Folge, dass die Leitungsinhalte (z.B. Öl) direkt in die Fließgewässer gelangen.

Die gesundheitsschädigenden und die Umwelt gefährdenden Folgen werden in dieser Studie als offenkundig angesehen. Vergleiche hinsichtlich der Schädigungsdimensionen als Folge der zerstörten Industrieanlagen werden zu vergangenen Umweltkatastrophen, wie Seveso (Dioxin, TCDD-Freisetzung im Jahre 1976) oder zur Rheinvergiftung in der Folge der Sandoz-Brandkatastrophe 1987 in Basel, gezogen (ebd. 3f.). D.h., eine für Jahrzehnte zu erwartende Zunahme von Krebs, von genetischen Schäden und anderen Erkrankungen bei der betroffenen Bevölkerung, bei Erwachsenen, Kindern und künftigen Generationen sind in größerem Ausmaß zu erwarten.

Eine weitere spezifische Umweltgefahr und Gesundheitsgefährdung der Menschen, über die bis in die Gegenwart wenig Informationen in die Öffentlichkeit gelangten, geht von dem Einsatz erheblicher Mengen radioaktiver Munition der A 10 Bomber und Kampfhubschrauber aus (Günter 1999: 182ff.). Die mit einem radioaktiven Metallkern bestückten Schwermetallgeschosse enthalten Uran 238, von denen nach dem Einsatz eine Verstrahlungswirkung ausgeht. Eine noch größere Gefahr besteht in der chemischen Toxizität des

Schwermetalls durch staub- und gasförmiges Uranoxid (Loccumer Appell 1999). Ende Juni 1999 bereiste eine internationale Delegation von Fachleuten und Vertretern aus verschiedenen nationalen Umweltinstitutionen im Auftrag der UNEP bombardierte serbische Gebiete, um die Zerstörungsfolgen von Industrieanlagen und die daraus resultierenden Umweltschäden abzuschätzen (UNEP/UNCHS 1999: 101ff.) – eine nachträglich besonders schwierige Aufgabe, die aber von großer Bedeutung im Hinblick auf Sanierungsmaßnahmen und eine erste Beurteilung der Folgeschäden ist.

Die Balkans Task Force nahm punktuelle Untersuchungen und Beurteilungen einzelner Industrieanlagen in einigen Standorten vor: „Die BTF identifizierte ‘Hot-Spots’ aus Umweltsicht, nämlich in: Pancevo, Kragujevac, Novi Sad und Bor, wo unverzügliches Handeln und auch weiterführende Messungen und Analysen erforderlich sind“ (UNEP/UNCHS 1999: 4). Weitere Untersuchungen wurden hinsichtlich der Schadstoffbelastung der Donau, der Biodiversität in Schutzgebieten sowie der Auswirkungen in Siedlungsgebieten im Kosovo vorgenommen. Bezüglich der Folgen der Urangeschosse konnten keine Analysen vorgenommen werden, da der Gruppe keine Zielangaben der NATO vorlagen.³ Inzwischen hat die NATO die Angriffe mit dieser Munition auch offiziell eingeräumt. In 100 Angriffsflügen wurden 31.000 Munitionseinheiten mit ca. 10 Tonnen abgereichertem Uran eingesetzt. Als rückständiges Gefahrenpotenzial im Boden der betroffenen Regionen für die dort lebende Bevölkerung wurde dies bisher in der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen. Lediglich bezogen auf die in einschlägigen Gebieten stationierten Kfor-Soldaten (u.a. deutsche Einheiten) wurden Probleme einer Gesundheitsgefährdung gesehen (Frankfurter Rundschau 22.3.2000).

Im analytischen Teil des Berichts werden in den Industrieregionen z. T. äußerst schwere Rückstände aus der Verbrennung großer Ölmengen und vielfältige Kontaminationen aus chemischen Reaktionen konstatiert, auch Dioxin- und Quecksilbervergiftungen von Böden und Gewässern sind eindeutig identifiziert. Deutliche Unterschiede in den Untersuchungsergebnissen und vor allem in deren Bewertung lassen sich zwischen dem BTF-Bericht und den Ergebnissen einer WWF-Untersuchung (Erste Analyse 1999) in Belgrad, Pancevo und Novi Sad feststellen. Auffällig ist der Bewertungstenor des BTF-Berichtes, von Äußerungen des UN-Verantwortlichen und ehemaligen deutschen Umweltministers Klaus Töpfer bis hin zu den Bewertungen der Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus den Analysen sowie einer daraus resultierenden Forderung nach einer Soforthilfe in der eher bescheiden wirkenden Höhe von 36 Mio. DM. In den konkreten Untersuchungsdaten werden massive Schädigungs- und Gefahrenpotenziale identifiziert, die in der verbalen

3 Obwohl keine Untersuchungen stattfanden, wurde bezüglich der Urangeschosse Bedenkenlosigkeit für die Besiedlung dieser Gebiete attestiert (Vgl. UNEP/UNCHS 1999: 5ff).

Bewertung eine systematische Verharmlosung erfahren. Dies lässt sich ferner an dem Argumentationsmuster und den Formulierungen feststellen: „Der Kosovo-Konflikt hat *keine Umweltkatastrophe* ausgelöst (...), trotzdem ist die *an einigen Stellen* gefundene *Verschmutzung ernst* und stellt eine Gefährdung menschlicher Gesundheit dar.“ (UNEP/UNCHS 1999: 4). Des Weiteren wird immer wieder darauf verwiesen, dass es sich bei großen Teilen der Umweltschäden um Altlasten handelt bzw. man dies vermutet und Umweltschutzdefizite der Vergangenheit für zahlreiche Schadsituationen verantwortlich seien. In einem ersten Resümee vor der Presse wird weiter festgestellt: „Die große ökologische Katastrophe wurde offenbar dadurch vermieden, dass die Serben ihre Ölvorräte und giftigen Chemikalien rechtzeitig vor den Bomben in Sicherheit gebracht hätten.“ (Gaserow 1999: 1). Hingegen wird z.B. im WWF-Bericht in aller Deutlichkeit auf die großen Umweltschäden und Zukunftsprobleme in der Folge des Krieges verwiesen, die Schädigung der Donau als länderübergreifendes Problem im Balkan gesehen.⁴ Auch der Hinweis am Ende des WWF-Berichts, sich für den wissenschaftlichen Gebrauch mit einer Neudefinition des Begriffs der „ökologischen Katastrophe“ zu befassen (Erste Analyse 1999: 52ff., Lugger 1999: 358-362, punkt.um 1999: 3), ist ein deutlicher Hinweis auf Interpretationsprobleme im Verhältnis und Vergleich zu Ereignissen der Vergangenheit und der aktuellen Einordnung.

Die begrenzte Aussagekraft der zurzeit vorliegenden Berichte zu den Umweltschäden in Jugoslawien und in Bezug auf die Nachbarländer ist offensichtlich. Es handelt sich um exemplarische Untersuchungen, die selbst auch nicht den Anspruch auf umfassende Analysen und abschließende Bewertungen erheben. Sie geben aber dennoch wichtige Hinweise auf die Art und Größenordnungen der Schadens- und Gefahrenpotenziale und können zu Abschätzungen der Folgen dienen. Sie sollten Grundlage für Sanierungsaktivitäten sein, die ohne ideologische Verblendung, Embargodogmen und politische Grenzziehungen im Interesse der Menschen des Balkans schnellstens erfolgen müssten. Gerade der UNEP müsste dies ein vordringliches Anliegen sein, will sie dem Verdacht einseitiger Parteinahme und Beschönigung zu Gunsten der NATO keinen weiteren Vorschub leisten. Solche größeren Anstrengungen sind aber bis zur Gegenwart nicht erkennbar.

Über die Grenzen des Balkans hinaus ist z.B. auch das NATO-Land Italien als operative Ausgangsbasis der Luftangriffe direkt von ökologischen Folgen als Begleiterscheinungen des Krieges betroffen. Der Abwurf der bei den Angriffen nicht benutzten Bomben der NATO-Kampfflugzeuge vor der Lan-

4 Ausführlich werden die bedrohlichen Schadensdimensionen in Jugoslawien und bezogen auf die Nachbarländer in dem Dokumentationsfilm des WWF dargestellt: „Bomben auf Chemiewerke“, 2. November 1999, 21.00 bis 21.40 Uhr, im Fernsehsender Phoenix.

dung auf ihrem Stützpunkt Ancona ins Meer ist eine gängige Praxis im Kriegsverlauf gewesen. Um kein Landungsrisiko mit den noch an Bord der Jets befindlichen Bomben einzugehen, wurden Sprengbomben, Fliegerbomben, Clusterbomben mit 202 Sprengköpfen, Laser-Missiles etc. vor der Küste ohne Detonationsauslösung ins Meer abgeworfen. Seit italienische Fischer die ersten Bomben in ihren Netzen fingen und protestierten, ist eine aufwändige Suchaktion in Gang gebracht worden. Bei Ortung werden sie in schwierigen und teuren Verfahren am Meeresboden gesprengt, wobei die Fauna und Flora in weitem Umkreis zerstört werden und die Schadstoffe aus der Sprengung in der Adria verbleiben (Herrmann 1999).⁵

Umweltkrieg in der NATO-Strategie

Die militärische Option der NATO, nach der in der zweiten und dritten Kriegsphase mit Priorität Industrieanlagen, Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen durch Bombardierung oder Beschuss zu zerstören sind, verfolgte die Strategie, durch die Kriegseinwirkungen auf zivile volkswirtschaftlich wichtige und für die Lebensgrundlagen der Menschen unverzichtbare Ziele den Druck der Bevölkerung auf das politische Regime zu erhöhen. Dem liegt eine verengte militärischen Denkweise zu Grunde, die offensichtlich auch politisch von den Verantwortlichen in den NATO-Staaten so gesehen oder mitgetragen wurde. Erstaunlich ist dies deshalb, weil die gleiche Strategie der USA schon im Golfkrieg gegen den Irak ohne Erfolg angewandt wurde. Die Hoffnung, durch gesellschaftlichen Druck auf die politische und militärische Führung in Jugoslawien, diese zum Einlenken auf die Forderungen der NATO zu bewegen, konnte bei einer realistischen Analyse der Verhältnisse und der Vorgeschichte der jugoslawischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte nicht aufgehen (Cremer 1999: 60ff.). Die unmittelbaren Zerstörungswirkungen und die langfristigen, dauerhaften Umweltschädigungen und z.T. Vernichtung von Ressourcen und natürlichen Lebensgrundlagen wurden dabei billigend in Kauf genommen.

Die Geringschätzung dieser Kriegsfolgen drückt die immer wieder vom zuständigen NATO-Sprecher Jamie Shea und den Militärs dafür verwendete zynische Begrifflichkeit der so genannten „Kollateralschäden“ (zwangsläufige Begleiterscheinungen) aus (Narr/Koch/Vack 1999: 210ff.), begleitet von Geheimhaltung, Verharmlosung, Falschmeldungen und z.T. Verleugnung diesbezüglicher Planungen, Ziele, militärischer Handlungen, aber auch des Leug-

5 Vgl. ZDF-Nachrichten, 15. Juli 1999, 21.45 Uhr: Fischerboote in Venedig liegen seit Wochen im Hafen, keine Entschädigung, ca. 160 Bomben in Netzen, teure Suche und Sprengung mit jeweils ca. 100 kg Sprengstoff, Fischsterben, Zerstörung der Fauna und Flora, Krater am Meeresboden. Bis heute sind spezielle Räumungskommandos dort im Einsatz und mit der mühsamen, gefährlichen und teuren Beseitigung beschäftigt.

nens von Fehleinschätzungen und deren Folgewirkungen.⁶

Ein solcher „Umweltkrieg“ ist völkerrechtswidrig und verstößt gegen die gültigen und von allen beteiligten Staaten anerkannten Genfer Abkommen und die Zusatzprotokolle. Diese wurden in der Folge des Vietnamkrieges hinsichtlich der ökologischen Folgen moderner Kriegsführung nach einer entsprechenden Debatte (ab 1975) bezüglich der amerikanischen Kriegsführung in Vietnam entsprechend ergänzt. Daraus folgt, dass diesbezüglich auch der BTF-Bericht vor dem Hintergrund des Genfer Abkommens für den Tatbestand von Kriegsverbrechen relevant ist. Im Zusatzabkommen I besagt Artikel 55:

„(1) Bei der Kriegsführung ist darauf zu achten, dass die natürliche Umwelt vor ausgedehnten, lang anhaltenden und schweren Schäden geschützt wird. Dieser Schutz schließt das Verbot der Anwendung von Methoden oder Mitteln der Kriegsführung ein, die dazu bestimmt sind oder von denen erwartet werden kann, dass sie derartige Schäden der natürlichen Umwelt verursachen und dadurch Gesundheit oder Überleben der Bevölkerung gefährden. (2) Angriffe gegen die natürliche Umwelt als Repressalie sind verboten.“ (Gesetz zu den Zusatzprotokollen I und II 1979).

Es steht also die Frage nach dem Tatbestand eines „Umweltkrieges“ und seiner völkerrechtlichen Bewertung im Raum, nicht zuletzt trifft das auch die Vereinten Nationen und die zuständigen internationalen Gerichte.

„Ein *Umweltkrieg* wird geführt, wenn nicht nur die Biosphäre, sondern, wie zuletzt im Golfkrieg, auch die Zivilbevölkerung, ihre Volkswirtschaft und ihre Kulturgüter angegriffen werden. Im *Zusatzprotokoll 1 zu den Genfer Abkommen* (1977) wird ein sachlicher und kriegsrechtlicher Zusammenhang zwischen Öko-Krieg und Umweltkrieg hergestellt“ (Krusewitz 1999: 35).

Krusewitz stellt hinsichtlich der Funktion des BTF-Berichts und der Aussagen des UNEP-Direktors Klaus Töpfer die Frage: „Deutet die Töpfersche Absolution auf eine neuartige Arbeitsteilung zwischen Nordatlantischer Allianz und Vereinten Nationen – die NATO führt Umweltkriege und die UNO bestätigt anschließend, dass es keine waren?“ (Krusewitz 1999: 169ff.). Zwangsläufig ist die NATO-Strategie in Jugoslawien durch den ausschließlich als Luftangriffe geführten Krieg ein Spezifikum. Bombardierungen aus großer Höhe und Luftwaffenbeschuss überfliegender Jets lassen die Ziele und das, was sich am Boden ereignet, weit wegrücken von der eigenen erfahrbaren Beteiligung und dem Zwang der Inaugenscheinnahme der Zerstörungen. Die Kräfte des Angreifers werden von den ökologischen Folgen, von zerstörter Infrastruktur, von ausgetretenen Gift- und Gefahrstoffen und dadurch verursachten möglichen Gesundheitsschäden etc. nicht beeinträchtigt. Die Seite der Angreifer bleibt „sauber“. Auf der Grundlage dieser Strategie sind auch keine Rücksichtnahmen bezüglich entstehender Gefahrstoffpotenziale am Boden erfor-

6 Eine späte Bestätigung dieses Zynismus und der Strategie zur Verbreitung von Unwahrheiten zur propagandistischen Stützung der Legitimation des Angriffskrieges und zur Vertuschung der militärischen Erfolglosigkeit liefert NATO-Sprecher Shea in einem Interview Ende März 2000: „*Kollateral-Schaden würde ich heute nicht mehr sagen*“, Jamie Shea über Wahrheit und Propaganda während des Kosovo-Krieges: Realität nicht hinter Militär-Jargon verstecken, in: Frankfurter Rundschau, 25. März 2000, S. 12.

derlich bzw. können ignoriert oder sogar als „Kampfmittel“ gesehen werden. Damit prägt diese Form des Krieges eine besonders menschen- und umweltverachtende Komponente aus. Dennoch ist sie auch im Hinblick auf den militärischen Auftrag, der im Kosovo gestellt war, erfolglos geblieben und konnte propagandistisch nur kurze Zeit genutzt werden, bis sich die als Erfolge gemeldeten Zahlen über Abschüsse und Zerstörungen von militärischen Einrichtungen und Waffensystemen als unzutreffend herausstellten. Das Erreichen der militärischen Zielsetzung hätte nur am Boden selbst, unter Inkaufnahme erheblicher eigener Verluste, erreicht werden können.⁷

Die deutliche Differenzierung zwischen zivilen Einrichtungen / Zivilbevölkerung und Militär in Kriegshandlungen und die Auswahl der Angriffsziele, wie sie die Genfer Konventionen vorschreiben, wurden faktisch ignoriert. Das Militär, und nicht nur dessen Führung, nimmt sich, wie bereits im Golfkrieg, zunehmend aus der Risikorolle im Kriegseinsatz heraus. Die Rollen verkehren sich sowohl bei den Angreifern als auch bei den Angegriffenen, denn das Militär auf beiden Seiten verfügt weitgehend über Schutzmöglichkeiten und Sicherungseinrichtungen für Personen und Gerät, während dies für die Zivilbevölkerung bestenfalls in geringem Ausmaß zutrifft. Natur und Umwelt sind gänzlich schutzlos. Diese Art des Krieges ist also faktisch in erster Linie Zerstörung der ökonomischen, sozialen und kulturellen Infrastruktur, der natürlichen Lebensgrundlagen, vor allem für die nichtmilitärische Bevölkerung und ihre Umwelt, die ihre „Lebenswelt“ ist.

Menschenrechte und Umweltzerstörung

Die NATO-Angriffe im Kosovo und in Serbien wurden in erster Linie damit legitimiert und begründet, dass die Menschenrechtsverletzungen des serbischen Militärs im Kosovo gegenüber der dortigen albanischen Bevölkerungsgruppe unterbunden werden müssten. Mord, systematische Vertreibung und Zerstörungen sollten beendet werden.⁸ Daraus resultiert auch die relativ hohe Akzeptanz in der Bevölkerung der NATO-Länder zu Beginn des Krieges. Angesichts der zunehmend offensichtlicheren Fragwürdigkeit und Erfolglosigkeit beim Erreichen der Ziele und der wachsenden Unverhältnismäßigkeit der Mittel begann sie jedoch bald zu bröckeln. Den seitens der NATO vorgetra-

7 So u.a. die Aussagen von NATO-General Naumann, aaO; ähnlich: Rose, Michael (ehem. kommandierender General der UN-Truppen in Bosnien), 1999.

8 In diesem Zusammenhang wurden die Kriegseinsätze seitens der Bundesregierung (Verteidigungsminister Scharping, Außenminister Fischer) u.a. mit dem so genannten geheimen „Hufeisen-Plan“ der serbischen Regierung im Bundestag begründet, der über Geheimdienstwege in ihren Besitz gelangt und in dem das serbische Vertreibungskonzept für den Kosovo festgelegt sein soll. Inzwischen ist bekannt, dass dieser Plan wohl nur eine Erfindung bzw. ein Machwerk aus dubiosen Quellen ist (Frankfurter Rundschau 22. März 2000), wie dies ein Bundeswehrgeneral a.D. in seinem Buch beschreibt (Loquai 2000).

genen Stellenwert und die wirkliche Bedeutung der Menschenrechtsfrage in der Kriegsentscheidung muss man sicherlich differenziert im Hinblick auf die beteiligten Länder und Regierungen sehen, aber vor allem in den Kontext der gegenwärtigen weltpolitischen Rolle der USA rücken (Deppe 1999: 5ff.). Das Hinwegsetzen über die NATO-Statuten, die festgelegten Operationsgrenzen des Bündnisses und das Ignorieren der UN-Zuständigkeit charakterisieren vor allem spezifische politische Hintergründe und Interessen der USA und deren strategischer Zielsetzung (Hildebrandt 1999: 18), wie sie kurze Zeit später in den Erweiterungen des NATO-Vertrages und besonders der militärischen Interventionsoptionen außerhalb des Bündnisraumes festgeschrieben wurde. Eine solchermaßen ohne Widerstand und öffentliche Auseinandersetzung mögliche Wandlung des NATO-Bündnisses von einer Verteidigungsorganisation zur internationalen Interventionsmacht, vorbei an UN-Zuständigkeiten, war wohl auch nur in dieser Situation friedenspolitischer Sprachlosigkeit und Desorientierung möglich, in Deutschland auch kaum denkbar bei einer rot-grünen Opposition. Optionen eines militärischen Angriffs gegen souveräne Staaten werden in diesem Kalkül der NATO-Strategen in ein neues Verhältnis zum Völkerrecht und zur Menschenrechtsfrage gerückt.

„Die herkömmliche Politik hat mit dem Kosovo-Krieg viele neue Fragen aufgeworfen, aber keine Antworten hervorgebracht. Sie hat ein humanitäres und ökonomisches Fiasko angerichtet, ohne plausible, geschweige denn verbindliche Standards für künftiges friedenspolitisches Handeln gesetzt zu haben. Sie hat das Signal gesetzt, Menschenrechtsverletzungen und Bürgerkrieg nicht mehr hinnehmen zu wollen, aber zugleich das Signal, dass Krieg – und zwar auch der Angriffskrieg – wieder ein probates Mittel der Politik ist. Die vorherige Prämisse des Völkerrechts und der Politik war gewesen, dass Krieg im Zweifel schlimmer ist als innerstaatliches Unrecht (...). Dies war der eigentliche Grund dafür, dem Souveränitätsrecht der Staaten einen so hohen völkerrechtlichen Rang einzuräumen. Die neue Politik der NATO stützt sich demgegenüber auf die umgekehrte Prämisse, dass Krieg doch weniger schlimm sei als Bürgerkrieg. Dies erscheint nicht nur intuitiv als ein zweifelhafter moralischer Fortschritt, sondern auch und gerade nach der praktischen Erfahrung mit dem Kosovo-Krieg. Der Krieg ist nicht nur als humanitäre Aktion gescheitert, sondern ebenso in seinen weiter gehenden politischen Zielsetzungen. Er hat das ideologische Ziel, im Kosovo eine friedliche multiethnische Gesellschaft herbeizubomben, nicht nur verfehlt, sondern in weitere Ferne gerückt denn je.“ (Wehner 1999: 124f.)

Im Hinblick auf die strategischen Hintergründe dieser Intervention bleibt ferner festzuhalten, dass außer einer wie auch immer zu definierenden räumlichen Nähe Jugoslawiens zu einigen europäischen NATO-Staaten und einer besonderen Machtdemonstration gegenüber Russland und China keine besonderen Unterschiede zu Interventionsanlässen in einer Vielzahl von Konfliktherden auf dieser Erde, ja sogar innerhalb der NATO (Türkei), offensichtlich sind. Zu den USA, als der Entscheidungsmacht für die Auslösung der Luftangriffe, ist die räumliche Distanz sogar erheblich größer als zu einer Vielzahl von solchen potenziellen Interventionsregionen dieser Erde. Die tatsächlichen strategischen und politischen Gründe der NATO für diesen Krieg sind andere als der Versuch zur Durchsetzung von Menschenrechten (Altva-

ter 1999: 7). In dem verheerenden Ergebnis des Krieges, das in ähnlicher Weise bei sorgfältiger Analyse als ein mögliches Szenario politisch und militärisch voraussehbar war, wurde weder die serbische Seite zur Unterzeichnung des Rambouillet-Vertrages gezwungen, noch gelang es nach dem Ende der Luftangriffe und dem Einsatz der Kfor-Truppen ein Minimum an Menschenrechten in den Gebieten des Kosovo durchzusetzen. Dies betrifft gerade die Seite der eigenen Verbündeten und „Befreiten“, wie sich dies täglich bis heute in der grausamen Wirklichkeit des albanischen Terrors zeigt (Flottau 1999: 148ff.) und wie es wahrscheinlich noch viele Jahre sein wird. Auch dies war absehbar und konnte so eingeschätzt werden. Die Ohnmacht der Kfor oder unzureichender Wille zum Durchgreifen zeigen einmal mehr, dass die Durchsetzung von Menschenrechten der Definitionsmacht und der Lagerzuordnung unterliegt.

Die Menschenrechtsfrage wird also hier im politischen, im sozialen und im ethnischen Zusammenhang zu einer äußerst prekären Problematik, besonders auch dann, wenn man die nachhaltigen langfristigen Umweltschäden, Gesundheitsgefahren und konfliktorischen ethnischen Beziehungen betrachtet. Es kann durchaus die These gewagt werden, dass an den Umweltfolgen und Zerstörungswirkungen des Krieges sowie dem Folgeterror so viele Menschen in Serbien und im Kosovo leiden und sterben werden, wie in der ganzen Kosovokrise auf beiden Seiten gelitten und Unrecht erfahren haben oder zu Tode gekommen sind. Nicht die Verantwortlichen für den Krieg, für die Unmenschlichkeiten und für die Umweltzerstörungen sind die Leid Tragenden, sondern in erster Linie auch wieder, wie in jedem Krieg der neueren Zeit, die Zivilbevölkerung.

Ohne die schwierige Debatte der Prinzipien und Abwägungen zwischen völkerrechtlicher Souveränität von Nationalstaaten und der Rolle der Menschenrechte außerhalb der eigenen hoheitlichen Zuständigkeit oder Bündnisse und ohne den erklärten Auftrag des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen hier breiter ausführen zu können, (Altwater 1999: 7, Narr/Koch/Vack 1999: 210, Preuß 1999: 816) ist anzumerken, dass die Bedeutung der Menschenrechtsfrage auch in der wichtigen Dimension zu stärken ist, die den Schutz der ökologischen Lebensgrundlagen, der Natur und Umwelt der Menschen betrifft (Sachs 1997). Menschenrechte sind besonders im globalen Kontext der unterschiedlichen Gesellschaften, Systeme und Kulturen eine schwierige und differenziert zu betrachtende Kategorie, die nur tragfähig und akzeptabel wird als ein ungeteiltes Recht auf Leben, auf Gesundheit, auf Wohnung und körperliche Unversehrtheit, auf Würde und Selbstbestimmung und auf eine menschenwürdige, lebensbejahende Umwelt. Der Schutz der Umwelt auch in Kriegen wird in den Ergänzungen zum Genfer Abkommen von 1977 als Anspruch auf die Menschenrechtsebene gehoben und hat seitdem völkerrechtliche Verbindlichkeit (Kruszewitz 1999: 7). Sie gilt für alle,

auch für die NATO-Staaten. Der „Umweltkrieg“ ist ebenso wie der „Angriffskrieg“ als Kriegsverbrechen geächtet, auch wenn es von den bestimmenden Mächten dieser Erde in ihrer eigenen Machtherrlichkeit und ideologischen Definitionsmacht heute ignoriert werden kann. Diesbezüglich ist die Geschichte noch nicht geschrieben, die zeitliche Distanz wird zur Objektivierung beitragen. Kriegsverbrechen, Menschenrechtsinterventionen und Umweltkriege lassen sich dauerhaft nicht nach dem Belieben der Mächtigen zuweisen. Gefährdet ist die Verbindlichkeit und Rechtskraft des Völkerrechts ebenso wie die Funktion der Vereinten Nationen. Trotz gegenteiliger Beteuerungen deutet vieles darauf hin, dass sich die NATO gegenwärtig auf dieses Szenario vorzubereiten scheint.

Die ökologische Dimension in der Debatte um Krieg und Frieden

Kriege, aber auch militärische Aktivitäten in Friedenszeiten schädigen oder beeinträchtigen die Umwelt oder verwandeln ganze Regionen in Gefahrengebiete bzw. entziehen sie menschlichem Zugang. Militärische Technik, moderne Waffensysteme, neue Kampfmittel und veränderte Kriegsstrategien haben in diesem Jahrhundert neue Qualitäten und Quantitäten an Zerstörungs- und Vernichtungskraft hervorgebracht. Dies gilt sowohl für die hochperfektionierten konventionellen als auch besonders für die nuklearen, biologischen und chemischen Waffensysteme. Die heute vorhandenen Potenziale dieser Systeme sind noch immer in der Lage, jegliches Leben auf dieser Erde zu vernichten und den Planeten dauerhaft unbewohnbar zu machen. Ihre Existenz, Lagerung und aufwändige Sicherungsverwahrung, die Verfügbarkeit in nicht sicher kalkulierbaren, politischen Verhältnissen, nach wie vor stattfindende großdimensionierte, militärtechnische Erprobungen und Versuche bewirken ständig erhebliche regionale und globale Umweltschäden und stellen eine immer währende Bedrohung für Mensch und Umwelt dar, auch ohne den Einsatz in militärischen Konflikten.

Sollten die Umweltschäden und Gesundheitsgefahren in der Folge des Balkankrieges tatsächlich geringer sein, als dies vom Verlauf her zu befürchten ist, so wäre dies ein glücklicher Umstand, aber dennoch auch mehr ein Zufall als eine strategische Absicht im Kriegskonzept von Politik und Militär. Die Diskussion um diese generelle Problematik steht jedoch erst am Anfang. Die gelegentlich in Deutschland kritisierte Zurückhaltung und Verharmlosung des Umweltproblems im Balkankrieg durch solche Parteien, Institutionen, Verbände und Einzelpersonen, die sich ansonsten deutlich zu Umweltproblemen von Relevanz äußern und engagieren (Knauer/Rosenkranz 1999: 226), werden dabei noch lange eine Rolle spielen:

„Vielleicht ist es von denen, die für den Kosovo-Krieg Mitverantwortung getragen und ihn verteidigt haben, zu viel verlangt, im Nachhinein die notwendige Kraft zur selbstkritischen Läuterung aufzubringen. Das Bekenntnis dazu, einen vermeidbaren Krieg geführt bzw. für ihn gestrit-

ten zu haben, kostet Überwindung, und es befreit nicht von der – nur durch den Umstand der Überforderung gemilderten – Mitschuld an den Kriegsfolgen.“ (Wehner 1999: 128)

Die Schuldfrage dieses Krieges ist untrennbar verbunden mit dem Versagen der europäischen Staaten in der Krisenbewältigung und in der Diplomatie. Dem sich bereits seit Anfang der 80er Jahre entwickelnden Kosovokonflikt begegnete man eher mit Ignoranz als dass politische Initiativen ergriffen wurden, um zu einer tragfähigen und regional befriedenden Lösung beizutragen. Mit der sich zuspitzenden Krise in den 90er Jahren ging eine weiter wachsende Unfähigkeit zu politischen Lösungen einher. Militärische Drohungen von außen hatten eher Eskalationscharakter, als dass sie von realistischen und vorurteilsfreien politischen Analysen und Einschätzungen ausgehend zur Entspannung beigetragen hätten (Schoch, Ratsch, Mutz 1999: 2ff.). Vertrauenspositionen, Verlässlichkeit und Ehrlichkeit haben im Verlauf und in der Folge des Krieges und seiner medialen Inszenierungen erheblich gelitten und den Bemühungen zum Schutz der Umwelt und einer umfassenden humanitären, nachhaltigen und friedlichen Entwicklung schweren Schaden zugefügt. Die Gefahr einer Zunahme regional begrenzter militärischer Konflikte, insbesondere vor dem Hintergrund von Spannungen zwischen Nationalitäten und Religionsgruppen, ist leider auch künftig eher wahrscheinlich.

„Dieser verfehlte Krieg setzte in Europa nicht die Überlegung in Gang, wie man humanitäre Ziele künftig erfolgreicher mit nichtmilitärischen Mitteln anstreben könnte, sondern im Gegenteil eine Diskussion darüber, ob und wie die Staaten der EU solche Kriege künftig aus eigener Kraft, d.h. ohne Hilfe der USA, führen könnte(n).“ (Wehner 1999: 123, Narr/Koch/Vack 1999: 210ff.)

Neben der humanitären Katastrophe dieser Strategie bedeutet dies, dass Umweltzerstörungen in diesem politischen Konzept und in dessen militärischer Logik auch künftig billigend in Kauf genommen werden. Dies führt die Bemühungen zum umweltschützenden, ressourcenschonenden, naturverträglichen und auf Nachhaltigkeit zielenden gesellschaftlichen und individuellen Verhalten der Menschen ad absurdum. Einsicht, Bewusstsein und Verhalten der Menschen in ihrem alltäglichen Leben, umweltpolitische Maßnahmen durch Grenzwertfestsetzungen, Energieverteilung und -einsparung etc. büßen ihre Logik, ihre Glaubwürdigkeit und Akzeptanz ein, wenn im militärischen Bereich der Umweltkrieg zur modernen Strategie wird oder schon geworden ist. Es bedarf einer neuen Diskussion und einer entsprechenden Akzentuierung in den Antikriegs- und Friedensbewegungen sowie in den Umweltorganisationen und -institutionen, die diese Komponente politischer Verantwortung und militärischer Optionen auf die Tagesordnung setzen, kritisch hinterfragen und problematisieren. Friedenspolitik, neue Qualitäten der politischen Diplomatie, Abrüstung und Demilitarisierung liegen im Interesse der Völker zur Sicherung ihrer gesellschaftlichen Lebensweise und Souveränität, ihrer humanitären Existenz, ihrer kulturellen Identität, ihrer sozialen Sicherheit, ihrer ökonomischen Stabilität, ihrer lebenswerten Umwelt und einer

nachhaltigen Perspektive für die künftigen Generationen. Dazu ist der Schutz und die sorgsame Nutzung, also der zukunftsfähige Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen und Ressourcen die entscheidende Voraussetzung. Ihr Gefährdungsgrad und die damit verbundenen Folgen haben längst einen Stand erreicht, der sie zur elementaren Überlebensfrage der Menschheit erheben müsste. Dem steht jedoch eine weit gehende Erkenntnisresistenz, Problemverdrängung und Handlungsunfähigkeit der Politik gegenüber. Der Balkankrieg, aber auch zuvor bereits der Golfkrieg, hätten im europäischen Raum und transnational über den Rahmen der NATO hinaus Bewegung und eine neue völkerverbindende nationalitätenübergreifende Debatte und Friedendiskussion schon längst in Gang bringen müssen.

Literatur

- Altwater, Elmar (1999): *Menschenrechte und Bomben. Nach dem Balkan-Krieg: Eine Weltordnung, so anders als 1989 erdacht*, in: Frankfurter Rundschau, 8. Juli, 7.
- Balzer, Berthold / Deppe, Frank u.a. (1999): *Nach dem Balkan-Krieg. Die NATO, die neue Weltordnung und die Gewerkschaften*, Hamburg.
- Botschukow, Peter (1999): *Umweltkatastrophe durch NATO-Bomben*, in: FR, 2. Juni.
- Cremer, Ulrich / Lutz, Dieter S. (Hg.) (1999): *Nach dem Krieg - ist vor dem Krieg. Die Sicht der anderen zum Kosovo-Krieg und ihre alternativen Lehren und Konsequenzen*, Hamburg.
- Cremer, Ulrich (1999): *Der erste Krieg der neuen NATO*, in: Cremer, Ulrich / Lutz, Dieter S. (Hg.): *Nach dem Krieg - ist vor dem Krieg. Die Sicht der anderen zum Kosovo-Krieg und ihre alternativen Lehren und Konsequenzen*, Hamburg, 60 - 80.
- Deppe, Frank (1999): *Die Risiken der „neuen Weltordnung“ und die neue Strategie der NATO*, in: Balzer, Berthold / Deppe, Frank u.a., *Nach dem Balkan-Krieg. Die NATO, die neue Weltordnung und die Gewerkschaften*, Hamburg, 5 - 21.
- Erste Analyse der Umweltschäden, verursacht durch die Bombardierung der Chemischen und Petrochemischen Fabriken in Pancevo und Novi Sad, Belgrad, Pancevo und Novi Sad vom 27. bis 29. Juli 1999*, Gefahrstoff-Büro Stephan und Strobel, Halle und Öko-Control R. Klaf, Dessau, für das WWF Donau Karpaten Programm, September 1999.
- Flottau, Renate (1999): *Heillose Anarchie. Sechs Monate nach dem Nato-Sieg herrscht in der Balkanprovinz Chaos. Die Albaner jagen die Serben und feilschen um die Macht. Hilllos sieht die Uno zu*, in: Der Spiegel, H. 51, 148 - 150.
- Gaserow, Vera (1999): *UN-Kommission entdeckte keine Umweltkatastrophe in Jugoslawien. Experten finden nach Nato-Bombardierung aber „deutliche Schäden auf lokaler Ebene“*, in: Frankfurter Rundschau, 31. Juli, 1.
- Gaus, Bettina (1999): *Katastrophen wie Seveso wahrscheinlich*, in: die tageszeitung, 20. Mai.
- Gesetz zu den Zusatzprotokollen I und II (von 1979) zu den Genfer Rotkreuz-Abkommen von 1949*, in: Bundesgesetzblatt Nr. 47 - 1990, 20. Dezember 1990, S. 1591.
- Greenpeace (1999): *Giftschwaden über dem Balkan*, in: Greenpeace Magazin, 4, 4.
- Günter, Siegwart-Horst (1999): *Uran-Geschosse (DU-Munition). Eine neue Kampf- und Massenvernichtungstechnologie*, in: Cremer, Ulrich / Lutz, Dieter S. (Hg.): *Nach dem Krieg - ist vor dem Krieg. Die Sicht der anderen zum Kosovo-Krieg und ihre alternativen Lehren und Konsequenzen*, Hamburg, 182 - 188.
- Herrmann, Daniel (1999): *Auf der Suche nach dem „Dreck“ der Nato im Meer. Das mühsame Geschäft des deutschen Minenjagbootes in der Adria*, in: FR, 29. Juni.
- Hildebrandt, Reinhard (1999): *Wie die USA weltweit Krisenherde zu ihren Gunsten nutzen. Zwischen Kooperation und Rivalität: Was der Kosovo-Konflikt die Europäer im Umgang mit den Amerikanern lehrt*, in: Frankfurter Rundschau, 5. August, 18.
- Hundseder, Franziska (1999): *Kriegsberichterstattung. Schreiben unter Manipulation, Zensur und*

- Lüge, in: Cremer, Ulrich/ Lutz, Dieter S. (Hg.): Nach dem Krieg - ist vor dem Krieg. Die Sicht der anderen zum Kosovo-Krieg und ihre alternativen Lehren und Konsequenzen, HH, 202 - 209.
- Israel, Stephan (1999): *Die Angst ist wieder da. Kosovo droht im Chaos zu versinken: Mafiosi und Banden, nicht die UN-Verwaltung haben das Sagen im Land*, in: FR, 16. Dezember.
- Knauer, Sebastian/Rosenkranz, Gerd (1999): *Warten auf die Giftwelle. Bei der Vernichtung der jugoslawischen Infrastruktur durch die Bomberflotten der Nato werden schwere ökologische Schäden in Kauf genommen. Zurück bleibt eine lebensfeindliche Umwelt - auch wenn die Waffen wieder schweigen*, in: Der Spiegel, H. 18, 224 - 226.
- Krusewitz, Knut (1999): *Krieg gegen die Umwelt in Jugoslawien*, in: SPW, H. 107, Berlin, 35 - 37.
- (1999): *Ein „stummer Giftgaskrieg“ in Jugoslawien. Die Nato wendet durch gezielte Bombardierungen Methoden und Techniken der ökologischen Kriegsführung an*, in: Frankfurter Rundschau, 29. April, 7.
- (1999): *Umweltkatastrophe oder Umweltkrieg? Die ökologische Bedeutung der Kriegsschäden*, in: Cremer, Ulrich / Lutz, Dieter S. (Hg.): Nach dem Krieg - ist vor dem Krieg. Die Sicht der anderen zum Kosovo-Krieg und ihre alternativen Lehren und Konsequenzen, Hamburg, 168 - 181.
- Lauppe, Wolf-Dieter (1999): „... dann kann es zu Lungenkrebs kommen.“ *Über die Gefahren von Nato-Geschossen, die mit abgereichertem Uran versetzt sind*, Interview in: Süddeutsche Zeitung, 23. April.
- Loccum Appell „Umweltkrise und medizinische Wissenschaft“, Jugoslawien: zur humanitären Katastrophe die Umweltverseuchung, Ev. Akademie Loccum und Deutsche Umweltstiftung, 25. April 1999.
- Loquai, Heinz (2000): *Der Kosovo-Konflikt - Wege in einen vermeidbaren Krieg*, Baden-Baden.
- Lugger, Beatrice (1999): *Tickende Zeitbombe Umwelt, Die Umweltbehörde der Vereinten Nationen fordert Soforthilfe für vier Brennpunkte*, in: Focus, H. 43, 358 - 362.
- Narr, Wolf-Dieter / Koch, Roland / Vack, Klaus (1999): *Von einem „humanitären“ Krieg lernen*, in: Cremer/Lutz (Hg.): Nach dem Krieg - ist vor dem Krieg. Die Sicht der anderen zum Kosovo-Krieg und ihre alternativen Lehren und Konsequenzen, HH, 210 - 216.
- Neacsu, Calin (1999): *Folgen der Nato-Angriffe lassen in Rumänien die Blätter welken*, in: Frankfurter Rundschau, 29. Mai.
- Pötter, Bernhard (1999): *Das Schweigen der Ökos. Keine politischen Konsequenzen aus der Warnung vor einer Öko-Katastrophe. Anrainer melden hohe Umweltbelastungen*, in: taz, 21. Mai.
- Pradetto, August (1999): *Zurück zu den Interessen. Das Strategische Konzept der NATO und die Lehren des Krieges*, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 7, 805 - 815.
- Preuß, Ulrich K. (1999): *Zwischen Legalität und Gerechtigkeit. Der Kosovo-Krieg, das Völkerrecht und die Moral*, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 7, 816 - 828.
- punkt.um - Der Umweltinformationsdienst der Politischen Ökologie (1999), H. 7-8, 3.
- Rose, Michael (1999): *Die Nato hat ihre Ziele verfehlt*, Leserbrief in: The Times, 14. Juli, zit. nach: Dokumente zum Zeitgeschehen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 8-99, S. 1024.
- Sachs, Aaron (1997): *Umweltschutz und Menschenrechte. Plädoyer für eine notwendige Zusammenarbeit*, Worldwatch Paper, Schwalbach.
- Schoch, Bruno / Ratsch, Ulrich / Mutz, Reinhard (Hg.) (1999): *Friedensgutachten 1999*, Münster 1999.
- Umweltbundesamt (1999): *Erste Einschätzungen zu den ökologischen Auswirkungen des Krieges in Jugoslawien*, Berlin, 1 - 18 (+ Dokumentenanhang).
- UNEP / UNCHS (Habitat) Balkans Task Force zur Bewertung der Umweltschäden des Kosovo-Krieges: *1. Kurze Zusammenfassung des Abschlussberichtes 'Der Kosovo-Konflikt - Konsequenzen für die Umwelt und menschlichen Siedlungen'; 2. Technische Mission „Industriestandorte“* (Beiträge des Umweltbundesamtes und des Landesumweltamtes Brandenburg), o.O.u.J. (Umweltbundesamt Berlin 1999).
- United Nations Environment Programme (UNEP) and United Nations Centre for Human Settlements (Habitat) (UNCHS) (1999): *The Kosovo conflict - Consequences for the Environment & Human Settlements*, Switzerland.
- Wehner, Burkhard (1999): *Prämierung des Friedens. Alternativen zum „humanitären“ Krieg*, Opladen, Wiesbaden.